

Kapitel 2

Grenzen der Toleranz: Deutschlands Plädoyer für die Ungleichbehandlung von Religionsgemeinschaften

Detlef Pollack

1 Fragestellung und Hypothesen

Die Mehrheit der Deutschen in Ost und West spricht sich für Respekt gegenüber den Religionen der Welt aus. 81 % in Westdeutschland und 75 % in Ostdeutschland sind der Meinung, man müsse allen Religionen mit Respekt begegnen. Ebenso erfreut sich der Wert der Religionsfreiheit hoher Zustimmung. Die Gewährleistung von Glaubensfreiheit halten 94 % der Westdeutschen und 87 % der Ostdeutschen für wichtig. Die Garantie von Rechtsgleichheit für alle Religionsgemeinschaften findet hingegen deutlich weniger Unterstützung. Auf die Frage, ob alle religiösen Gruppen gleiche Rechte haben sollten, antworten nur 49 % der Westdeutschen und 53 % der Ostdeutschen mit Ja. Zwar werden Glaubensfreiheit, Respekt gegenüber fremden Religionen und Fairness im Umgang mit ihnen als abstrakte Werte bejaht. Wenn es aber konkret wird, kommen Fairness und Toleranz schnell an eng definierte Grenzen. Nur 28 % der Westdeutschen befürworten den Bau von Moscheen in Deutschland, nur 18 % den Bau von Minaretten. In Ostdeutschland belaufen sich die entsprechenden Anteile auf 20 bzw. 12 %. 42 % der Westdeutschen und 55 % der Ostdeutschen meinen, dass die Ausübung des islamischen Glaubens eingeschränkt werden muss. Und sogar mehr als 70 % der Deutschen halten es für angebracht, islamische Gemeinschaften vom Staat beobachten zu lassen.

Was steht hinter der Verweigerung gleicher Rechte für alle Religionsgemeinschaften? Wie kommt es, dass beachtliche Anteile der Deutschen im Osten und Westen des Landes sich für eine Ungleichbehandlung der Religionen aussprechen, obwohl sie die Werte des westlichen Rechtsstaats wie Glaubensfreiheit, Meinungs- und Redefreiheit sowie die Garantie von Minderheitenrechten hoch schätzen?¹⁰ Diese Frage soll im Fokus der folgenden Analysen stehen. Für

¹⁰ 99 % der Westdeutschen und 98 % der Ostdeutschen halten Meinungs- und Redefreiheit für ein hohes Gut des politischen Lebens; 88 % der Westdeutschen und 80 der Ostdeutschen schätzen garantierte Minderheitenrechte als wichtig ein.

ihre Bearbeitung wollen wir zunächst einige als wahrscheinlich einzuschätzende Vermutungen anstellen.

Auf die Bereitschaft, eine gleichberechtigte Behandlung aller Religionsgemeinschaften zu akzeptieren, üben gewiss sozialstrukturelle Merkmale einen Einfluss aus. Es kann als wahrscheinlich angenommen werden, dass ein höherer Bildungsgrad die Akzeptanz der Gleichbehandlung unterschiedlicher religiöser Gemeinschaften positiv beeinflusst. Ebenso kann die Hypothese, dass der ökonomische Status die Befürwortung religionsrechtlicher Gleichstellung beeinflusst, eine gewisse Plausibilität für sich beanspruchen. Je besser die ökonomische Stellung ist, desto stärker wird man dazu neigen, Menschen mit unterschiedlichen religiösen Orientierungen gleiche Rechte einzuräumen. Materielle Sicherheit erhöht die Toleranzbereitschaft. Dabei dürfte nicht nur die objektive Stellung einen Einfluss ausüben, sondern auch die subjektive Wahrnehmung derselben. Daher ist es wichtig, nicht nur die Formen einer objektiven Benachteiligung zu erfassen, sondern „auch die Gefühle, die die Akteure hinsichtlich dieser Benachteiligung empfinden“ (Rippl/Baier 2005: 648). Die sozialstrukturellen Merkmale sollen deshalb sowohl durch die objektiven Variablen Alter, Geschlecht, Bildung, Wohnort (Stadt/Land) als auch durch die Wahrnehmung des sozialen Status abgebildet werden. Außerdem beziehen wir in die Untersuchung auch die Einstufung auf der politischen Links-Rechts-Skala ein.

Eine weitere Hypothese bezieht sich auf den Einfluss, den die Akzeptanz westlicher Werte wie Rede- und Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit oder auch Gesetzestreue auf die Gewährung gleicher Rechte ausübt. Es kann als sehr wahrscheinlich gelten, dass Menschen, denen die angeführten westlichen Werte wichtig sind, davon Abstand nehmen, nichtchristlichen Religionsgemeinschaften gleiche Rechte vorzuenthalten.

Gefühle der Bedrohung dürften hingegen in die entgegengesetzte Richtung wirken. Gemäß den Annahmen einer Soziologie der Fremdenfeindlichkeit bestärken Gefühle der Bedrohung von Kultur, Gemeinschaft und sozialem Frieden Vorurteile gegenüber Fremden und damit möglicherweise auch die Bereitschaft, ihnen gleiche Rechte zuzugestehen (Stolz 2000: 63f.). Jürgen Leibold (2009) untersucht, inwieweit Bedrohungsempfindungen zur Verstärkung von Vorurteilen führen können. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Bedrohungsempfindungen vor allem eine Funktion von Fremdenfeindlichkeit sind: Je fremdenfeindlicher eine Person ist, desto stärker neigt sie dazu, andere Kulturen als Bedrohung wahrzunehmen und desto ausgeprägter sind ihre Vorurteile (Leibold 2009: 152). Wir gehen davon aus, dass die Wahrnehmung der Bedrohung durch fremde Kulturen und der durch Religionen ausgelösten Konflikte in der Welt dazu beitragen kann, Religionsgemeinschaften gleiche Rechte abzuerkennen und auf einer Einschränkung ihrer religiösen Praxis zu bestehen.

Ob diese Bedrohungsgefühle vor allem durch den Islam ausgelöst werden, muss gleichfalls geprüft werden. Deshalb fragen wir in einem weiteren Schritt unserer Analyse, ob man Angst hat, dass unter den Muslimen in Deutschland nicht auch viele Terroristen sind, und inwieweit man den Islam als eine fremde Kultur wahrnimmt, die nicht in die westliche Welt passt und sich stärker an unsere Kultur anpassen sollte. Hinter dem Bedrohungsgefühl könnte auch eine affektive Abwehr des Fremden, Ungewohnten und Unangepassten stehen, das zu einer Verteidigung des Eigenen herausfordert. Identitätstheorien machen den Konflikt zwischen Eigen- und Fremdgruppe zum Thema. Sie nehmen an, dass die Abwertung der Fremdgruppe mit einer Aufwertung der Eigengruppe zusammengeht und dass der Versuch, Fremdgruppen die Gleichberechtigung zu versagen, durch diesen Konflikt bedingt ist (Heitmeyer 2002).

Möglicherweise möchte man die Gleichbehandlung der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften aber auch deshalb eingeschränkt sehen, da man das normative Bild einer mehr oder weniger einheitlichen Kultur in sich trägt. Fremde wären dann grundsätzlich eine Störung. Um die Effekte dieses normativen Bildes abzutesten, untersuchen wir, welchen Einfluss die Ablehnung von Ausländern, die Behauptung, dass das Christentum das Fundament unserer Kultur sei, sowie Vorbehalte gegenüber der zunehmenden religiösen Vielfalt auf die Verweigerung gleicher Rechte für alle religiösen Gemeinschaften hat. Kultur-anthropologische Überlegungen, wie sie etwa von Werner Schiffauer (2007: 111-115) angestellt werden, besagen, dass die Erfahrung der wachsenden Heterogenität der Gesellschaft gesellschaftliche Ängste und Hysterien produziert, aus denen sich das Bild vom Muslim speist. Mit der zunehmenden Heterogenität der Gesellschaft werde der Muslim zum bedrohlichen Anderen der verunsicherten moralischen Gemeinschaft, die ihre Einheit in Leitkulturdebatten beschwört und zugleich den Muslim als Angstobjekt konstruiert. Unsere Vermutung ist daher, dass die Verweigerung gleicher Rechte für alle Religionsgemeinschaften umso stärker ist, je mehr die kulturelle Einheit der Gesellschaft betont und religiöse und kulturelle Pluralität abgelehnt wird.

2 Regressionsanalyse: Das Erklärungsmodell

Zur Erklärung der relativ geringen Befürwortung der rechtlichen Gleichbehandlung aller religiösen Gruppen in Deutschland West und Ost wurde eine schrittweise Regressionsanalyse¹¹ durchgeführt. In ihr wurde untersucht, inwieweit die

¹¹ Bei einer hierarchischen Regression werden in verschiedenen Schritten immer mehr Variablen auf der Grundlage von theoretischen Überlegungen in das Modell integriert. Dabei sind mehrere Aspekte wichtig: Erstens geht es darum, wie sehr sich die erklärte Varianz (R^2) mit jedem Schritt

Verweigerung gleicher Rechte für alle religiösen Gruppen auf sozialstrukturelle Merkmale wie Geschlecht, Alter, Erziehung, sozialen Status oder Wohnort (Schritt 1), auf die Ablehnung politischer und bürgerlicher Freiheiten wie Meinungsfreiheit oder Religionsfreiheit (Schritt 2), auf ein Gefühl der Bedrohung durch fremde Kulturen (Schritt 3) und dabei ganz konkret auf die Angst vor der Gewaltbereitschaft von Angehörigen des Islam (Schritt 4), auf die Abwehr kultureller und religiöser Vielfalt und die Bevorzugung kulturell-religiöser Homogenität (Schritt 5) oder ganz allgemein auf die Skepsis gegenüber unterschiedlichen Religionsgemeinschaften, seien es buddhistische, hinduistische, jüdische oder muslimische (Schritt 6), zurückzuführen ist.

Betrachtet man zunächst die Modelle, die nur die sozialstrukturellen Variablen als Erklärungsfaktoren enthalten, dann üben, wie in Tab. 2.1 und 2.2 dargestellt, diese Merkmale durchaus einen gewissen Einfluss auf die Bereitschaft, Religionsgemeinschaften gleiche Rechte einzuräumen, aus. In Westdeutschland hat der Bildungsgrad einen Effekt: Je höher die Befragten gebildet sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Gleichberechtigung religiöser Gruppen favorisiert wird (vgl. Tab. 2.1, Modell 1). In Ostdeutschland ist das Alter einflussreich: Je jünger die Befragten sind, desto stärker neigen sie zur Akzeptanz religiöser Gleichberechtigung (vgl. Tab. 2.2, Modell 2). Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland spielen die Verortung auf der Links-Rechts-Skala und die Beurteilung des eigenen sozialen Status eine Rolle. Diejenigen, die sich politisch mehr links einordnen, neigen mehr zur Gleichbehandlung religiöser Gruppen als diejenigen, die sich im politischen Spektrum mehr rechts ansiedeln. Mit dem sozialen Status steigt auch die Bereitschaft, religiösen Gruppen gleiche Rechte zuzuschreiben. Diese Ergebnisse verwundern nicht und entsprechen geläufigen Erwartungen. Mit dem Bildungsgrad nehmen Reflexivität und Toleranz gewöhnlich zu. Je höher der eigene soziale Status ist, desto entspannter kann man mit Menschen umgehen, die anderen Überzeugungen folgen und andere Identitäten haben. Geschlechtszugehörigkeit und Wohnort machen in der Einstellung zur Gleichbehandlung der religiösen Gruppen keinen Unterschied. Mit einem korrigierten R^2 von ,085 bzw. ,062 ist die erklärte Varianz zufrieden stellend.¹²

verändert, zweitens werden diejenigen Variablen identifiziert, die die stärksten Effekte auf die abhängige Variable ausüben, drittens wird untersucht, ob erklärungskräftige Variablen ihre Erklärungskraft behalten, wenn weitere Variablen in das Modell eingefügt werden. Eine solche multivariate Herangehensweise, bei der zahlreiche Variablen berücksichtigt werden, ermöglicht viertens, dass eventuelle Effekte dritter Variablen aus dem jeweils untersuchten Verhältnis von zwei relevanten Merkmalen „ausgefiltert“ werden.

¹² Mit dem korrigierten R^2 wird ausgesagt, wie hoch der Prozentsatz der beobachtbaren Unterschiede in der Einstellung zur Gleichbehandlung religiöser Gruppen – dies ist die abhängige Variable der Regressionsanalyse – ist, der durch sozialstrukturelle Merkmale aufgeklärt werden kann. Hier sind dies nicht mehr als 8 bzw. 6 %, was aber bei sozialstrukturellen Variablen im erwartbaren Rahmen liegt.

In einem zweiten Schritt wird der zusätzliche Einfluss der Akzeptanz von rechtsstaatlichen Prinzipien und Toleranz untersucht. Mit diesem Analyseschritt erhöht sich die erklärte Varianz in Westdeutschland um sechs Prozentpunkte auf 15 %, in Ostdeutschland sogar um 21 Prozentpunkte auf 27 % (vgl. Tab. 2.1 und 2.2, Modell 2). Vor allem eine Variable schlägt in starkem Maße durch – die Zustimmung zu der Aussage „Sofern sich die Ausländer an unsere Gesetze halten, kommt es nicht darauf an, welche Religion sie haben“. Man könnte auch hier von einer bedingten Toleranz sprechen: Sofern Ausländer die Gesetze respektieren, will man ihnen mit Toleranz begegnen. Dann sieht man offenbar ein, dass ihnen, ganz gleich welcher Religionsgemeinschaft sie angehören, die gleichen Rechte zustehen. Anscheinend sind jedoch viele der Ansicht, dass sich Ausländer nicht an die Gesetze halten, und verweigern ihnen daher die Gleichberechtigung. Besonders in Ostdeutschland ist dieser Zusammenhang stark ausgeprägt. Wahrscheinlich steht hinter der mangelnden Bereitschaft, allen Religionsgemeinschaften gleiche Rechte einzuräumen, in Ost wie West, besonders aber im Osten, eine starke Devianzwahrnehmung.¹³

Auf die Absage an eine Gleichbehandlung aller religiösen Gruppen könnte aber auch die Einschätzung einen Einfluss ausüben, dass das Eigene durch Fremdes bedroht ist und Religionen zu dieser Bedrohung beitragen. Dieser Zusammenhang wird im dritten Analyseschritt untersucht (Tab. 2.1 und 2.2, 3. Modell). Tatsächlich erhöht sich die Erklärungskraft des Modells in Ost- und Westdeutschland durch Hinzufügung dieses Faktors noch einmal um 7 %. Das Gefühl, dass das eigene Land durch fremde Kulturen bedroht ist und dass die zunehmende Vielfalt religiöser Gruppen eine Ursache von Konflikten ist, ist ein wichtiger Prädiktor für die Ausprägung der abhängigen Variablen. Vor allem im Westen Deutschlands hat das Bedrohungsgefühl einen starken Einfluss.

Um herauszufinden, ob das Gefühl der Bedrohung durch Fremdes, das sich negativ auf die Akzeptanz der Rechtsgleichheit religiöser Gruppen auswirkt, vor allem ein Gefühl der Bedrohung durch den Islam ist, wird in einem weiteren analytischen Schritt (Schritt 4) der Einfluss von Aussagen über den Islam und die Muslime untersucht. Überraschenderweise geht von der Aussage „Manchmal habe ich direkt Angst, ob unter den Muslimen in Deutschland nicht auch viele Terroristen sind“ kein direkter Effekt auf die abhängige Variable aus. Möglicherweise sind die Effekte der Angst vor Terroristen bereits durch das allgemeine Bedrohungsgefühl aufgesogen. Jedenfalls trägt die Angst vor muslimischen Terroristen, die von mehr als drei Fünfteln der deutschen Bevölkerung geteilt wird, nicht zu der verbreiteten Auffassung bei, dass gleiche Rechte religiösen

¹³ Ob diese Devianzwahrnehmung, wie Schiffauer (2007: 131) annimmt, eine konstruierte und selbstproduzierte ist oder ob sie Anhalt an der sozialen Wirklichkeit hat, lässt sich anhand der beobachteten Zahlenwerte nicht ausmachen.

Gruppierungen vorenthalten werden sollen. Wohl aber spielen die Erwartung, dass Muslime sich an die in Deutschland herrschende Kultur anpassen sollten, und das Bewusstsein der Andersartigkeit des Islam („Der Islam passt durchaus in unsere westliche Welt“) eine Rolle. Je höher die Anpassungserwartung und je stärker der Eindruck mangelnder Passförmigkeit, desto stärker auch die Ablehnung gleicher Rechte für alle religiösen Gemeinschaften.

Die Konformitätserwartung auf dem religiösen Feld wird noch einmal gesondert im fünften Schritt der Regressionsanalyse getestet. Sofern man sich eine größere religiöse Vielfalt wünscht und die wachsende Vielfalt religiöser Gruppierungen für eine Bereicherung hält, tendiert man auch stärker zur Gewährung gleicher Rechte für alle Religionsgemeinschaften. Wo die Vielfalt abgelehnt wird und wo man das Christentum für das Fundament unserer Kultur hält, neigt man dagegen zu der Auffassung, dass religiösen Gruppen nicht die gleichen Rechte zustehen. Die Ablehnung von Rechtsgleichheit für unterschiedliche religiöse Gemeinschaften ist also in West- und Ostdeutschland besonders stark auf die Erwartung eines hohen Maßes an religiös-kultureller Homogenität und die zu unterstellende Erfahrung der Abweichung von dieser Erwartung zurückzuführen. Daneben spielt auch das Gefühl der Bedrohung durch Fremdes eine gewisse Rolle. Außerdem fungieren rechtsstaatliche Grundüberzeugungen als Barriere für die Ablehnung von Rechtsgleichheit. Das gilt zumindest für Westdeutschland. Immerhin fast 30 % der Varianz lässt sich in Westdeutschland mit Hilfe der im Modell 5 berücksichtigten Variablen erklären, in Ostdeutschland sogar über 40 %. Die über die Variable „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ gemessene Ausländerfeindlichkeit hat auf die Präferenz der Ungleichbehandlung religiöser Gemeinschaften weder in West- noch in Ostdeutschland einen Einfluss.

Interessanterweise verschwinden gerade in Westdeutschland nun aber alle bisher in die Rechnung einbezogenen Einflüsse, wenn in einem letzten Schritt die Wirksamkeit der Haltung zu einzelnen Religionsgemeinschaften analysiert wird. Die Haltung zu Hindus, Buddhisten und Juden übt dabei allerdings keinen Einfluss aus; allein die Einstellung zu den Muslimen zieht alle Effekte bis auf den Effekt der Konformitätserwartung auf sich. Wenn man Muslimen negativ gegenübersteht, religiöse Vielfalt nicht für einen kulturellen Gewinn hält und sich eher weniger als mehr religiöse Pluralität wünscht, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass man religiöse Gemeinschaften nicht mit gleichen Rechten versehen wissen will und die Rechte nichtchristlicher Religionsgemeinschaften und dabei wohl vor allem des Islam eingeschränkt haben will. Natürlich spielen in diese Bereitschaft zur Unterprivilegierung nichtchristlicher Religionsgemeinschaften Gefühle der Bedrohung und der Besorgnis über die Konflikthaftigkeit religiöser Vielfalt mit hinein. Diese Bedrohungs- und Angstgefühle lassen sich

als eigenständiger Effekt in Westdeutschland jedoch nicht isolieren. Wenn sie in Ostdeutschland als eigenständiger Effekt auftreten, dann muss man diese Gefühle offenbar in einem engen Zusammenhang mit den Konformitätserwartungen sehen. Gerade weil viele religiöse Vielfalt nicht wünschen, erleben sie das Fremde als Infragestellung und Gefahr. Und wenn sie dann noch ein starkes Bewusstsein für Abweichungen haben, wie das in Ostdeutschland offenbar der Fall ist, dann bringt diese Mischung aus Konformitätserwartung, Bedrohungsgefühl durch Fremdes und Abweichungsempfindlichkeit wohl jene beachtliche Befürwortung der Ungleichbehandlung religiöser Gemeinschaften hervor, die den Ausgangspunkt für die hier angestellte Regressionsanalyse darstellte.

Tab. 2.1: Regressionsanalyse für Westdeutschland: Abhängige Variable „Alle religiösen Gruppen in Deutschland sollten gleiche Rechte haben“

Prädiktoren	1	2	3	4	5	6
Geschlecht (weibl.)						
Alter						
Bildung	,153**	,113**				
Land–Stadt						
Links–Rechts	-,187**	-,129**	-,082*	-,066*		
sozialer Status (aufst.)	,109**	,074*				
Rede-/Meinungsfreiheit						
Religionsfreiheit		,114**	,091*	,076*	,079*	
Akzeptanz Andersdenkender		,100**	,069*	,075*	,079*	
Gesetzestreue Ausländer		,199**	,148**	,146**	,122**	
kulturelle Bedrohung			-,254**	-,145**	-,104*	
Vielfalt als Konflikt			-,089*			
Religionen konfliktträchtig						
Angst vor Terroristen						
kulturelle Anpassung				-,075*		
Fremder im eigenen Land						
Islam passt in westliche Welt				,129**		
zu viele Ausländer						
Christentum Fundament der Kultur					-,087*	-,096*
Wunsch größere Vielfalt					,162**	,148**
Vielfalt als Bereicherung					,136**	,116*
Haltung zu Muslimen (pos.)						,160**
Haltung zu Hindus (pos.)						
Haltung zu Buddhisten (pos.)						
Haltung zu Juden (pos.)						
Adj. R ²	,085	,149	,220	,251	,289	,295
ΔR ²		,064	0,071	,031	,038	0,006

Lineare Regression; standardisierter Regressionskoeffizient nach Pearson (β); Signifikanz: ** $p < ,01$; * $p < ,05$; abhängige Variable: „Alle religiösen Gruppen in Deutschland sollten gleiche Rechte haben.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu); unabhängige Variablen: siehe Anhang.

Tab. 2.2: Regressionsanalyse für Ostdeutschland: Abhängige Variable „Alle religiösen Gruppen in Deutschland sollten gleiche Rechte haben“

Prädiktoren	1	2	3	4	5	6
Geschlecht (weibl.)						
Alter	-,081*	-,091**	-,067*			
Bildung						-,085*
Land–Stadt						
Links–Rechts	-,182**	-,118**				
sozialer Status (aufst.)	,178**	,112**	,070*			
Rede-/Meinungsfreiheit						
Religionsfreiheit						
Akzeptanz Andersdenkender		,126**	,104**	,078*	,077*	,080*
Gesetzestreue Ausländer		,355**	,309**	,303**	,253**	,246**
kulturelle Bedrohung			-,264**	-,180**	-,130**	-,101*
Vielfalt als Konflikt			-,128**			
Religionen konfliktträchtig						
Angst vor Terroristen						
kulturelle Anpassung				-,104**	-,082*	
Fremder im eigenen Land						
Islam passt in westliche Welt				,155**	,128**	
zu viele Ausländer						
Christentum Fundament der Kultur						-,086*
Wunsch größere Vielfalt					,072*	,101**
Vielfalt als Bereicherung					,253**	,223**
Haltung zu Muslimen (pos.)						,143**
Haltung zu Hindus (pos.)						
Haltung zu Buddhisten (pos.)						
Haltung zu Juden (pos.)						
Adj. R ²	,062	,271	,338	,358	,417	,450
ΔR ²		,209	0,067	,020	,059	0,033

Lineare Regression; standardisierter Regressionskoeffizient nach Pearson (β); Signifikanz: ** $p < ,01$; * $p < ,05$; abhängige Variable: „Alle religiösen Gruppen in Deutschland sollten gleiche Rechte haben.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu); unabhängige Variablen: siehe Anhang.

3 Zusammenfassung

Die schrittweise vorgenommene Regressionsanalyse hat gezeigt, dass viele der aufgestellten Vermutungen bestätigt werden konnten. Die sozialstrukturellen Merkmale, die Akzeptanz säkularer Werte wie Religionsfreiheit und Gesetzestreue, Gefühle der Bedrohung sowie die Abwehr von religiöser und kultureller Pluralität üben einen Einfluss auf die Bereitschaft, allen Religionsgemeinschaften

ten gleiche Rechte einzuräumen, aus (vgl. Modell 1 und 2). Dieser Einfluss geht allerdings deutlich zurück, wenn andere Variablen in die Betrachtung einbezogen werden. In Westdeutschland besitzt die Einstellung zu den Muslimen die höchste Erklärungskraft. Sie ist noch bedeutsamer als die Ablehnung religiöser Vielfalt, die freilich gleichfalls ein gewisses Erklärungspotential besitzt. In Ostdeutschland spielt die Haltung gegenüber den Muslimen zwar auch eine beachtliche Rolle. Prägender aber sind Vorbehalte gegenüber religiöser Vielfalt und das Drängen auf die Gesetzestreue von Zugewanderten. Es scheint, dass normative Vorstellungen von kultureller und religiöser Homogenität im Osten Deutschlands in besonderem Maße dazu beitragen, religiösen Fremdgruppen die Gleichberechtigung vorenthalten zu wollen. Dabei verdichten sich die Vorbehalte offenbar besonders um die Gruppe der Muslime. In Ostdeutschland könnte insofern möglicherweise zutreffen, was Werner Schiffauer für ganz Deutschland unterstellt: dass ein gemeinschaftliches Gefühl der Bedrohung den Muslim als Fremden überhaupt erst produziert. Überraschend aber ist, dass sowohl allgemeine Fremdenfeindlichkeit als auch die Angst, dass unter den Muslimen vielleicht auch viele Terroristen sind, für die Vorenthaltung religiöser Gleichberechtigung keinen Erklärungswert besitzen. Insofern müsste man vielleicht vorsichtiger formulieren und sagen, es ist weniger ein Gefühl der Bedrohung als ein Gefühl der Befremdung und des Unwohlseins, das zur Verweigerung gleicher religiöser Rechte beiträgt. Für diese Interpretation spricht nicht nur die hohe Prädiktorqualität der Variablen „Sofern sich die Ausländer an unsere Gesetze halten, kommt es nicht darauf an, welche Religion sie haben“ und „Die zunehmende Vielfalt von religiösen Gruppen ist eine kulturelle Bereicherung“, sondern auch, dass die wahrgenommene Inkompatibilität zwischen Islam und westlicher Welt einen Erklärungsbeitrag zur Präferenz für die Ungleichbehandlung religiöser Gemeinschaften leistet (Schritt 4 und 5 in der Regression). Wenn in Westdeutschland jedoch fast alle in Anschlag gebrachten Erklärungsfaktoren von der Haltung zu den Muslimen aufgesaugt werden und neben dieser Haltung nur noch die Abwehr religiöser Vielfalt als Erklärungsfaktor Bestand hat (Schritt 6 der Regressionsanalyse), dann ist es erforderlich, genauer danach zu fragen, von welchen Faktoren diese Haltung beeinflusst wird. Dies wird das Thema des folgenden Kapitels sein.

Anhang: In den Regressionsanalysen verwendete Variablen

Tab. 2.1 und 2.2

Geschlecht: dichotom (0 = männlich; 1 = weiblich)

Alter: metrisch (in Jahren)

Bildung: (Deutschland): „Welchen höchsten Schulabschluss oder Hochschulabschluss haben Sie?“ (1 = Schule beendet ohne Abschluss; 2 = Volks-/Hauptschulabschluss; 3 = Mittlere Reife; Realschulabschluss; 4 = Polytechnische Oberschule mit Abschluss, 8. bis 10. Klasse; 5 = Fachhochschulreife (Abschluss einer Fachoberschule etc.)/Abitur (Hochschulreife) bzw. erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse; 6 = Fachhochschulabschluss; 7 = Universitätsabschluss, Hochschulabschluss)

Bildung (andere Länder): „How many years of formal education have you completed? That is including the years in school and university.“; metrisch (in Jahren)

Land-Stadt: gebildete Variable; dichotom (1 = ländlich; 2 = städtisch)

Links-Rechts: Links-Rechts-Selbsteinstufung: „Viele Leute verwenden die Begriffe „links“ und „rechts“, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wir haben hier einen Maßstab, der von links nach rechts verläuft. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf dieser Skala einstufen?“; 10er-Skala (1 = links; 10 = rechts).

sozialer Status: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?“; 4er-Skala (1 = sehr viel weniger; 2 = etwas weniger; 3 = gerechten Anteil; 4 = mehr als gerechten Anteil)

Rede-/Meinungsfreiheit: „Geben Sie bitte anhand dieser Skala an, wie wichtig Ihnen folgende Aspekte des politischen Lebens sind. – Meinungs- und Redefreiheit“; 4er-Skala (1 = völlig unwichtig; 2 = eher unwichtig; 3 = eher wichtig; 4 = sehr wichtig)

Religionsfreiheit: „Geben Sie bitte anhand dieser Skala an, wie wichtig Ihnen folgende Aspekte des politischen Lebens sind. – Glaubensfreiheit“; 4er-Skala (1 = völlig unwichtig; 2 = eher unwichtig; 3 = eher wichtig; 4 = sehr wichtig)

Akzeptanz Andersdenkender: „Auch wenn ich eine bestimmte Überzeugung habe, akzeptiere ich Menschen, die anders denken.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu)

Gesetzestreue Ausländer: „Sofern sich die Ausländer an unsere Gesetze halten, kommt es nicht darauf an, welche Religion sie haben.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu)

kulturelle Bedrohung: „Ich glaube, dass unser Land durch fremde Kulturen/Nationen bedroht ist.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu)

Vielfalt als Konflikt: „Die zunehmende Vielfalt von religiösen Gruppen in unserer Gesellschaft ist eine Ursache für Konflikte.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu)

Religionen konfliktträchtig: „Wenn man so sieht, was in der Welt passiert, führen Religionen eher zu Konflikten als zum Frieden.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu)

Angst vor Terroristen: „Manchmal habe ich direkt Angst, ob unter den Muslimen in Deutschland nicht auch viele Terroristen sind.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu)

Kulturelle Anpassung: „Die Muslime müssen sich an unsere Kultur anpassen.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu)

Fremder im eigenen Land: „Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu)

Islam passt in westliche Welt: „Der Islam passt durchaus in unsere westliche Welt.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu)

Zu viele Ausländer: „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu)

Christentum Fundament der Kultur: „Das Christentum ist das Fundament unserer Kultur.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu)

Wunsch größere Vielfalt: „Ich würde mir wünschen, dass es in meiner Nachbarschaft eine größere Vielfalt an religiösen Gruppen/Organisationen gäbe, so dass ich zwischen den Angeboten wählen könnte.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu)

Vielfalt als Bereicherung: „Die zunehmende Vielfalt von religiösen Gruppen in unserer Gesellschaft stellt eine kulturelle Bereicherung dar.“; 4er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu; 2 = stimme eher nicht zu; 3 = stimme eher zu; 4 = stimme stark zu)

Haltung zu Muslimen: „Wie ist Ihre persönliche Haltung zu den Mitgliedern folgender religiöser Gruppen? – Muslime“; 4er-Skala (1 = sehr negativ; 2 = eher negativ; 3 = eher positiv; 4 = sehr positiv)

Haltung zu Hindus: „Wie ist Ihre persönliche Haltung zu den Mitgliedern folgender religiöser Gruppen? – Hindus“; 4er-Skala (1 = sehr negativ; 2 = eher negativ; 3 = eher positiv; 4 = sehr positiv)

Haltung zu Buddhisten: „Wie ist Ihre persönliche Haltung zu den Mitgliedern folgender religiöser Gruppen? – Buddhisten“; 4er-Skala (1 = sehr negativ; 2 = eher negativ; 3 = eher positiv; 4 = sehr positiv)

Haltung zu Juden: „Wie ist Ihre persönliche Haltung zu den Mitgliedern folgender religiöser Gruppen? – Juden“; 4er-Skala (1 = sehr negativ; 2 = eher negativ; 3 = eher positiv; 4 = sehr positiv)

Grenzen der Toleranz

Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in
Europa

Pollack, D.; Müller, O.; Rosta, G.; Friedrichs, N.; Yendell,
A.

2014, XII, 247 S. 5 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-18678-8